

Pressemitteilung vom 11. Januar 2021

Kultusministerium: Politische Verantwortung übernehmen!

Mit großem Unverständnis hatten Eltern in ganz Baden-Württemberg Mitte Dezember die Entscheidung des Kultusministeriums kommentiert, dass die Schulen vorzeitig in die Weihnachtsferien entlassen wurden. Ein Test der Fernlernplattformen in dieser Zeit wurde somit unmöglich gemacht und viel Arbeit von Lehrkräften und Schulen vor Ort, die sich auf digitales Lernen vorbereitet hatten, wurde ignoriert.

Am Montag, 11.01.2021, ab 7:45 Uhr geschah genau das, wovor wir gewarnt hatten: unter dem gleichzeitigen Zugriff mehrerer zehntausend Schüler brachen die verschiedenen Plattformen (Moodle, Nextcloud, ...) bzw. deren Provider zusammen.

Der Unterschied zum ersten Schul-Lockdown war, dass viele Lehrer bereits damit gerechnet hatten, und es deshalb vorbereitete Alternativpläne gab, die jeweiligen Arbeitsmaterialien via E-Mail oder Instant-Messenger zu verteilen. Pragmatismus an der Basis wurde somit erneut zum Garanten für die Beschulung, während das KM mit Blick auf den Datenschutz ausschließlich auf die Nutzung der erlaubten (und insuffizienten) Plattformen pocht.

Unabhängig davon, welches das beste Werkzeug ist, lautet unsere Forderung: Die Lernplattformen müssen funktionieren!

Seit dem ersten Lockdown war klar, dass es erhebliche Defizite nicht nur Digitalausbau der Schulen, sondern vor allem auch der Infrastruktur für Lernangebote gibt. Wenn das KM in seiner Presseerklärung vom 11.01.2021 auflistet, wieviel bereits investiert wurde, so müssen wir konstatieren, dass dies offensichtlich nicht genug war. Wenn eine Plattform zusammenbricht, reicht eine „Erhöhung der Puffer-Rechenkapazität um 50%“ nicht aus, sondern es müssen deutlich mehr sein! Offensichtlich beziehen sich die Angaben des KM auch nicht auf das angeschlossene Videokonferenzsystem BigBlueButton; dies funktioniert nämlich nach wie vor nicht verlässlich.

Dabei sprechen wir hier bisher nur über Lernplattformen; noch gar nicht thematisiert wurden die Endgeräte für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer, oder deren Internetanbindung. Auch wenn dies zum Teil in den Verantwortungsbereich der Kommunen fällt, so ist das Gesamtbild für uns Eltern katastrophal und nicht akzeptierbar. Auch das Thema der inhaltlichen Veränderung des Unterrichtes (Didaktik, Methodik) blieben weitgehend unberührt bzw. wurden auf die Schultern der Lehrkräfte verlagert, die hier teilweise tolle Konzepte im Alleingang entwickelt haben.

Fazit: Schulen vorzeitig zu schließen und danach ohne adäquaten Schutz für alle Akteure wieder vorzeitig zu öffnen kann nicht die Lösung sein um die Fehler zu vertuschen.

Es bedarf der transparenten Aufarbeitung der Fehler aus der Vergangenheit und einen Masterplan für die Zukunft.

Für beides muss das Kultusministerium die politische Verantwortung übernehmen.